



Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP)

Einführungskurs für neue Mitglieder der Gemeinderäte vom 14. Januar 2013 und 22. Januar 2013

Die VSGP stellt sich vor

Politik im Kanton St. Gallen

Aktuelle Themen und Projekte

Referat von Beat Tinner, Präsident VSGP

Aufgaben und Schwerpunkte des Verbandes

Die Vereinigung der St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) bezweckt die Förderung und Wahrung der gemeinsamen Interessen der **St. Galler Gemeinden**. Der Verein vertritt die Interessen der Politischen Gemeinden und dient dem Kanton als Ansprechpartner zur Stellungnahme für kantonale Erlasse (Gesetze). Auf Bundesebene arbeiten wir mit dem Schweiz. Gemeindeverband zusammen und themenspezifisch auch mit den Nachbarkantonen (GIS, Interreg, Alpenkonvention, Bodenseekonferenz...) und auch mit dem Partnerverband in Deutschland – dem Gemeindetag Baden-Württemberg.

Er fördert die Kommunikation und die Zusammenarbeit unter den Gemeindepräsidenten sowie der Fachverbände (NetzSG, SGV) und der Gemeindebehörde und Funktionäre, er tritt als Träger gemeinsamer Projekte auf und er bringt für die Gemeinden Dienstleistungen und er initialisiert bzw. organisiert wie heute Vormittag Aus- und Weiterbildungsanlässe für die Gemeindeführung.



Jede Politische Gemeinde im Kanton St. Gallen ist der VSGP beigetreten. Die Vereinigung setzt sich aus der Region Toggenburg, der Region Wil-Gossau, der Region St. Gallen-Rorschach, der Region Rheintal, der Region Werdenberg-Sargans und der Region Linthgebiet zusammen. Diese Regionen zuzüglich eines Stadtvertreters von St. Gallen sind wiederum im Kantonalvorstand durch deren Obmann vertreten.

Die Vereinigung nimmt sich zahlreicher Themen an, welche die Gemeinden beschäftigen. Nebst der Stellungnahme zu gesetzlichen Erlassen ist die VSGP durch ihre Gemeindepräsidentinnen oder Gemeindepräsidenten in verschiedensten ad-hoc Arbeitsgruppen vertreten und führt verschiedene ständige Arbeitsgruppen wie Gesundheit (Stefan Frei), Steuern (Paul Bühler), Finanzen (Bernhard Keller), Asylwesen - Integration (Beat Tinner), Sicherheit (Nino Cozzio) und Umwelt (-Felix Brunschwiler). Derzeit sind die Sparpakete I und II in der Umsetzung und neu das Entlastungsprogramm 2013 ein zentrales Thema. Die Bewältigung des Sparpakets ist sehr komplex und ist zugleich eine Schnittstelle zwischen den Staatsebenen Kanton und Gemeinden. Aber auch andere Themen wie geographische Informationssysteme (GIS), Spitex, KES, Pflegefinanzierung, Finanzausgleich, Beschleunigung von Baubewilligungsverfahren und so weiter und so fort zeigen das Spektrum unserer Tätigkeit auf. Besonders greife ich das Asylwesen hervor. Die Gemeinden sind für die Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommen und Flüchtlingen zuständig. Deshalb wurden nebst den REPAS (regionale Potenzialabklärungs- und Arbeitsintegrationsstellen) auch Qualifizierungsprogramme im Bereich von Gastro und Gesundheitswesen

ins Leben gerufen, um Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene in den Arbeitsprozess zu integrieren und Kosten zu reduzieren.

Sie sehen, dass die VSGP für die Gemeinden eine wichtige Schnittstelle darstellt, indem Gemeindeanliegen gebündelt und im Interesse unserer 77 Gemeinden gegenüber dem Kanton vertreten werden können. Es ist aber auch festzustellen, dass die VSGP Gemeinden unterschiedlicher Natur vertritt: Stadt-/Landgemeinden; Agglomerationsgemeinden; kleine und grosse Gemeinden, finanzschwache und finanzstarke Gemeinwesen. Wir sind deshalb aufgrund dieser Zusammensetzung bestrebt, bei unserem Handeln stets die Interessen der Mehrheit der Gemeinden in den Vordergrund stellen zu können.

All diese Koordinationstätigkeiten können heute nicht mehr nur im Milizsystem erledigt werden. Aus diesem Grund beschäftigt die VSGP zu 40 % Prozent einen Geschäftsführer in der Person von Roger Hochreutener. Desweiteren ist er für 40 % zuständig für die Koordinationsstelle für Migration und Integration, genannt KOMI, welche die Qualifizierungsprogramme betreut und die Zuteilung der erwähnten Personengruppen auf die Gemeinden vornimmt.

Gemeindeautonomie

Ohne Gemeinden kein Kanton St. Gallen. Im Kanton St. Gallen sind die Gemeinden staatstragend und können und sollen auch selbstbewusst auftreten. Selbstbewusst heisst gegenüber der Regierung des Kantons und ihrer Verwaltung. Das Selbstbewusstsein oder auch die Gemeindeautonomie wurde bei der letzten Revision der Kantonsverfassung sogar bekräftigt.

Bei der Autonomie würde ich mich explizit auf die neue KV, Art. 89 und 94 (wo die Organisationsautonomie der Gemeinden noch extra erwähnt ist), berufen. Dieses

Problem der Autonomie wird sich im Rahmen des zu erwartenden Verteilungskampfes zwischen Kanton und Gemeinden immer wieder und vermehrt stellen, so insbesondere

- unter dem Aspekt der kantonalen Aufsicht, die nach Art. 100 KV im Umfange der Autonomie auf die Rechtskontrolle beschränkt ist.

Die Gemeinden sollten sich unter Hinweis auf die eminente politische Bedeutung der Mittelverteilung auf diese Kompetenzordnung berufen und keine Verschärfung der Gemeinde- und Finanzautonomie durch blosser Aufsichts- oder Dienst-anweisungen akzeptieren.

Aktuelle Themen und Projekte

Von den anstehenden Projekten zwischen Kanton und Gemeinden greife ich die wichtigsten heraus:

- Finanzen
- e-government
- Beschleunigung von Bewilligungsverfahren

Kanton: Budget 4.0 Mrd., 1 Steuerprozent = 8.8 Mio.; bei einem Steuerfuss 2011 von 95 % Ertrag von Fr. 883'815'000.00, dies entspricht 20 % der Einnahmen, 80 % werden durch Gebühren, Transferzahlungen Bund/Gemeinden, Auto-steuern und Steuern jur. Personen finanziert.

Der Mittelwert der Gemeindesteuerfüsse liegt bei 137 %, Vorjahr bei 144 %. Die Bruttoaufwände der Gemeinden liegen bei 2.80 Mrd. Franken.

Die Gemeinden finanzieren 45 % der Einnahmen durch Steuern. Und 55% durch Gebühren, Beiträgen, Ersatzabgaben und Finanzausgleich.

Das Ziel besteht darin, die Regierung in die finanzielle Verantwortung einzubinden. Heute entscheidet der Erziehungsrat über die Schulausgaben und die Gemeinden finanzieren.

Eine Zielsetzung ist, den Mittelwert von Kantons- und Gemeindesteuerfuss auf die gleiche Höhe zu setzen, damit beide Staatsebenen eine Verantwortung haben für die Steuerpolitik des Kantons und nicht einseitig die Gemeinden die Steuerfussverantwortung tragen.

e-government

Die Abwicklung von Geschäften zwischen Bürger und Gemeinde oder Kanton wird an Bedeutung gewinnen. Deshalb kann ich Ihnen nur eine Empfehlung abgeben: Legen Sie die Strategie fest. Es ist auch notwendig, dass der Rat über die Strategie entscheidet und diesen Entscheid nicht der Verwaltung überlässt. Bis heute wurde auf strategischer Ebene dem Bereich der Informatik oftmals nicht das notwendige Gewicht geschenkt. Auch müssen Sie sich bewusst sein, dass die Informatiksicherheit gewährleistet sein muss. Somit könnte ich auch noch den Bogen zum Datenschutzgesetz schlagen, dass ab 1.1.2010 eine unabhängige Datenschutz-Fachstelle notwendig macht. Auch hier war die VSGP massgebend beteiligt, regionale Lösungen zu finden, um ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erreichen.

Beschleunigung

Das ursprüngliche Beschleunigungsprojekt von Baubewilligungen mit einer Konzentration von Kompetenzen in einem Bewilligungsamt ist definitiv gestorben. Vorgesehen ist, dass nun sämtliche Baugesuche innerhalb einer Woche auf deren Vollständigkeit hin überprüft werden. Fehlende Unterlagen werden sowohl der Gemeinde wie dem Baugesuchsteller durch den Kanton angezeigt. Dieses Vorgehen basiert auf einem politischen Vorstoss, den ich im Sinne der Gemeinden vor 2 Jahren eingereicht habe. Sie sehen, politische Prozesse – auch nur so bescheiden wie beschrieben – dauern ihre Zeit.

Auf jeden Fall wünsche ich Ihnen bei Ihren Vorhaben eine Portion Ausdauer und lassen Sie sich bei Rückschritten nicht entmutigen, sondern bleiben Sie am Ball.

Nun wünsche ich Ihnen eine erfolgreiche wie interessante Weiterbildung und viel Freude bei Ihren Entscheidungen in Ihrer Gemeinde.

Beat Tinner, Gemeindepräsident